



## Niederschrift

11. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss  
15. Juli 2025, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## Sitzungseröffnung

Punkt 1 der Tagesordnung: Transparente Kommunalpolitik durch Chatbots und maschinenlesbare Dokumente  
Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, Volt  
Vorlage: 2025/0526

## Beschluss:

Mit Stellungnahme erledigt

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit. Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 24. Juni 2025 verwiesen.

**Stadtrat Klinkhardt (GRÜNE)** hält es für ein wichtiges Thema, dass die Informationen des Ratsinformationssystem sowohl den Stadträtinnen und Stadträten als auch der Bevölkerung noch besser zugänglich werden. Es sei auch für die Stadtverwaltung eine Arbeitserleichterung, wenn man eine bessere Durchsuchbarkeit der Dokumente habe. Die Stellungnahme gehe in die Richtung, Gespräche zu führen. Wann könne man mit einem ersten Bericht rechnen?

Man sehe es positiv, dass man sich schon in verschiedene Richtungen informiert habe, dass man bei verschiedenen Partnern angefragt habe, was möglich sei. Vorstellen könne man sich auch das KIT, bei dem man anfragen könne. Man sei von der Firma NeuraFlow kontaktiert worden, die das im baden-württembergischen Gemeindetag vorgestellt habe. Habe man als Stadt Karlsruhe hieraus etwas mitgenommen?

Generell müsse auf die Maschinenlesbarkeit der Dokumente geachtet werden, so dass auch Suchmaschinen von Dritten besser darauf zugreifen können.

**Stadtrat Müller (CDU)** sieht die digitale Teilhabe mit einem niederschweligen Zugang zur Transparenz gegenüber der Verwaltung für gegeben, weshalb man den Antrag begrüße. Dem Pilotprojekt schließe sich seine Fraktion an. Danach müsse man schauen, unter Berücksichtigung der finanziellen Auswirkungen, aber auch der personellen Ressourcen, wie man damit weitermachen könne. Grundsätzlich sehe man einen doch erheblichen Vorteil, auch im Hinblick auf die interne städtische Verwaltung, gerade auch ämterübergreifend. Am Ende müsse man es evaluieren, wenn man aus dem Pilotprojekt die belastbaren Parameter zugrunde gelegt bekomme. Dann könne man entscheiden, wie man damit fortfahre.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD)** weist darauf hin, viele Unternehmen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes diskutierten darüber, wie sie ChatGPT-Programme in der Verwaltung anwenden können. Das Problem der Maschinenlesbarkeit sei noch nicht gelöst. Aber es gebe viele Unternehmen, die für den gesamten Aktenbestand versuchten, interne KI-Lösungen zu finden. Vielleicht richte die Stadt bereits den Blick darauf. Das könne aber nur ein Teilprojekt dieses großen Projekts sein. Man könne es noch viel weiter denken.

**Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW)** bekräftigt volle Unterstützung seiner Fraktion. Ansprechen wolle er die Umsetzung des Streamings beziehungsweise des Aufzeichnens der öffentlichen Sitzungen. Man habe mit Durlach einen Pilot. Es gehe jetzt um die Umsetzung. Bei den rechtlichen Rahmenbedingungen sei noch etwas offen. Wie sei hier der Stand der Dinge?

**Herr Losert (IT-Amt)** führt aus, man werde am 04.08. mit der Stadt Ulm zusammensitzen. Die Stadt Ulm habe das Produkt YOUniquehorns im Einsatz, es gebe auch noch andere Produkte. Das Land Baden-Württemberg verwende F13 von Aleph Alpha.

Die Verwendung von Chatbots auf andere Fachverfahren sei angedacht. Man wolle kein rein auf das Ratsinformationssystem gerichtetes System einsetzen. Entsprechend gelte dies auch für den Aktenbestand. Man müsse aber schauen, ob und wie man die Fachverfahren anbinden könne. Das Projekt sei auf zwei Jahre angesetzt.

**Der Vorsitzende** ergänzt, man sei nicht Mitglied im Gemeindetag, deswegen könne er dazu nichts sagen. Im Städtetag sei man etwas zurückhaltender, Firmen in Ausschüssen etwas präsentieren zu lassen. Die Anregung nehme er auf, dass man sich über die Fachleute erkundige, ob es vielleicht geeignet wäre.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er fest, der Antrag sei damit erledigt.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: